

Schwangere und Kleinkinder: Vorsicht bei Salat und Gemüse

Allgemein wurden vom Sonntag auf den Montag bei der radioaktiven Belastung in der Schweiz keine wesentlichen Änderungen beobachtet. Beim Gemüse allerdings wurden etwas höhere Jodwerte als am Vortag gefunden. Neu hat die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz die Empfehlung erlassen, Kleinkinder unter zwei Jahren sowie schwangere Frauen sollten keinen Salat und kein Frischgemüse essen. Auf Antrag der Kommission wurden am Montag zudem AC-Spezialisten der Armee für die weitere Überwachung der aktuellen Verstrahlungslage aufgeboten.

■ VON HEIDI BLATTMANN

Am Montag waren von der Nationalen Alarmzentrale (NAZ) in der Schweiz nur vereinzelt neue Messwerte der Radioaktivität von Milch erhältlich – und zwar Werte aus dem Aargau, der Waadt, Neuenburg und Freiburg. Sie lagen bei 8 und im Falle von Freiburg bei 5 Milliardstel Curie pro Liter. Neue Werte aus der Nordostschweiz, wo am Sonntag die höchsten Konzentrationen mit Werten von bis zu 30 Milliardstel Curie pro Liter gemessen wurden, lagen am Montagabend noch nicht vor. Ebenso wenig kamen neue Messresultate aus dem Tessin, wo indessen ein Anstieg zu erwarten ist. Vorläufig liegen nach wie vor alle Milchwerte in der Schweiz unter der als Richtwert für Kleinkinder angesetzten Grenze von 100 Milliardstel Curie pro Liter.

Mehr Messungen gab es bei der Direktstrahlung. In der Nord- und Nordostschweiz sind die Werte gegenüber Sonntag leicht gesunken. In der Nordwest- und Westschweiz, in der ohnehin wenig Strahlung gemessen wurde, sind sie etwa gleich hoch geblieben. In Chiasso wurden mit 130 Millionstel Röntgen pro Stunde höhere Werte als am Vortag gemessen; zum Teil scheinen im Tessin nach dem Regen bis 150 Millionstel Röntgen pro Stunde registriert worden zu sein. Normal sind etwa 10 Millionstel Röntgen pro Stunde. Die Umgebungswerte gelten jedoch nach wie vor als gesundheitlich unbedenklich.

Salat und Gemüse sollen gründlich gewaschen werden

Etwas höhere Radioaktivität wurde am Montag auch beim Gemüse gemessen;

von 200 Milliardstel Curie pro Kilogramm am Sonntag stiegen einzelne Werte bis auf etwa 350 Milliardstel. Zusätzlich zu den Empfehlungen, dass Schwangere und Kleinkinder unter zwei Jahren keine Frischmilch und Frischmilchprodukte zu sich nehmen sollten, um die Strahlendosis vorsorglich möglichst klein zu halten, rät die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz daher bei diesen Personen nun auch, «auf Salat und Frischgemüse zu verzichten». Allgemein heisst es, dass «Salat und Gemüse nach wie vor gründlich gewaschen beziehungsweise geschält werden (z. B. Rhabarber)» sollen. In der Regel kann gelten, dass dort, wo relativ hohe Direktstrahlung vorhanden ist, auch höhere Radioaktivität in Gemüse und Salat auftreten.

Noch keine Richtwerte für oberste Belastungsgrenze festgelegt

Richtwerte für den maximal zulässigen Gehalt von radioaktiven Substanzen in Salat und Frischgemüsen wurden bis heute in der Schweiz noch nicht festgesetzt.

Terrorismus und Atomenergie

Nicht nur Wirtschaftsthemen in Tokio

Der internationale Terrorismus sowie das Reaktorunglück von Tschernobyl haben am Montag das Hauptthema des Wirtschaftsgipfels in Tokio gebildet. Die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden westlichen Industrienationen verabschiedeten Erklärungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und zu einer Verschärfung der Sicherheitsmassnahmen bei der Nutzung von Atomenergie. Am Nachmittag befassten sie sich ausserdem mit Wirtschafts- und Währungsfragen und sprachen sich für ein rasches Zustandekommen von Welthandelsgesprächen aus.

Tokio. – Besonders umstritten war zwischen den Gipfelteilnehmern die namentliche Erwähnung von Libyen in der Terrorismuserklärung. Schliesslich setzte sich US-Präsident Ronald Reagan durch, der gegen den Widerstand des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand und des italienischen Regierungschefs Bettino Craxi auf einem ausdrücklichen Hinweis auf Libyen bestand. Nach dem Gipfelbeschluss sollen künftig keine Waffen in Länder exportiert werden, die den Terrorismus finanziell unterstützen.

In einer zweiten Erklärung fordern die sieben Staaten die Sowjetunion dringend auf, bei Reaktorunfällen andere Länder rasch und konkret zu informieren. Die

Staats- und Regierungschefs aus den USA, Frankreich, Grossbritannien, der Bundesrepublik, Italien, Kanada und Japan kritisierten die sowjetische Regierung, weil sie diese Informationen im Fall des Reaktorunglücks von Tschernobyl unterlassen habe. Grundsätzlich betonten sie jedoch, dass die Kernkraft «bei richtiger Handhabung» eine immer breiter genutzte Energiequelle bleibe. Für Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung von Kernanlagen sei jedes Land selbst voll verantwortlich.

(SDA/DPA/Reuters)

Tschernobyls politische Folgen für die Schweiz

Kernkraftwerk-Katastrophe entfacht erneute Diskussion um Sicherheit der Kernenergie

■ VON RICHARD ASCHINGER, BERN

Die meisten schweizerischen Reaktionen auf die Kernkraftwerk-Katastrophe von Tschernobyl überraschen kaum:

- Befürworter der Kernenergie und Vertreter der Kernindustrie, wie Michael Kohn (siehe Kasten), weisen dieser Tage vor allem auf die Unterschiede zwischen sowjetischen und schweizerischen Kernanlagen hin. Ihre Behauptung, schweizerische KKW's seien viel sicherer als sowjetische, scheint technisch gut begründet zu sein. Ihre Folgerung daraus, eine Katastrophe wie in Tschernobyl könnte sich bei uns nie ereignen, ist vermutlich weder zu beweisen noch zu widerlegen. Es ist die optimistische Position von wirtschaftlich direkt am weiteren Ausbau der Kernenergie interessierten Fachleuten. Die schweizerische Kernindustrie hat unter dem Druck der politischen Auseinandersetzungen in diesem Lande ihre Sicherheitsvorkehrungen im internationalen Vergleich sehr weit getrieben. Nach dem Unfall in der Sowjetunion versucht sie verständlicherweise, den politischen und psychologischen Schaden unter wirtschaftlichen Schaden unter Kontrolle zu halten.

- Kernenergiegegner sehen sich nach dem sowjetischen KKW-Unfall im politischen Aufwind: mit wenig Erfolg haben

sie jahrelang versucht, eine Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die Gefahren der Kerntechnologie unkalkulierbar und unkontrollierbar seien. Verbissene KKW-Gegner, wie der Basler Landesring-Politiker Hansjürg Weder am LdU-Parteitag vom Wochenende, können jetzt ihre Schadenfreude nicht ganz verbergen: wir haben es ja immer gesagt, rufen sie jetzt. Tschernobyl ist für sie der Beweis, dass die Nutzung der Kerntechnologie beim heutigen Stand des technischen Wissens nicht zu verantworten sei.

- Nicht überraschen können auch Reaktionen jener Kreise, die alles auf dieser Welt immer durch die Ost-West-Brille sehen: der vom Schweizerischen Ostinstitut in einem Communiqué erhobene Vorwurf an die Sowjets, sie setzten mit völlig mangelhafter Information über die Katastrophe im eigenen Land und im Ausland die Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel, ist gerechtfertigt. Die in einem Titel der neuesten Ostinstitutspublikation «Zeitbild» vertretene These «Sozialismus verursacht Atomtod» überrascht angesichts der einseitig antikomunistischen Zielsetzung dieser Institution nicht.

Leichtfüssige Stellungnahme des Energieministers

Überraschung ausgelöst hat hingegen die Reaktion von Bundesrat Leon

Schlumpf. Zu einem Zeitpunkt, in dem man weder über die Ursachen noch über die Folgen der Katastrophe von Tschernobyl einigermassen sichere Informationen erhielt, wusste unser Energieminister mit Sicherheit zu sagen, dass Tschernobyl auf die schweizerische Kernenergiepolitik keine Auswirkung habe und es mit Planung und Bau des KKW Kaiseraugst wie geplant weitergehen müsse (siehe Kasten).

Auch Fachleute verunsichert

Welche Auswirkungen die Katastrophe von Tschernobyl auf die schweizerische Kernenergiepolitik haben wird, ist heute nicht zu beurteilen. Aber bereits jetzt ist sichtbar, dass die Folgen des sowjetischen Reaktorunglücks nicht nur bei Laien, sondern auch bei einigermaßen unabhängigen Experten Unsicherheit ausgelöst haben.

Professor Otto Huber, Präsident der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz, erklärte am Montag am Pressetag des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) offen, er hätte nie geglaubt, dass ein Reaktorunfall in so grosser Entfernung in der Schweiz eine so starke Erhöhung der Radioaktivität zur Folge haben könnte. Professor Huber ist in seiner Verunsicherung nicht allein: bisher als sicher geltende Annahmen über die Auswirkungen einer KKW-Katastrophe

scheinen zu wanken. Die Prognosen und Massnahmenempfehlungen der Verantwortlichen in der Schweiz und in den Nachbarländern zeigen Widersprüche, die von Unsicherheit zeugen. Alarm- und Schutzkonzepte schweizerischer Kernkraftwerke gehen gegenwärtig davon aus, dass die Bevölkerung bis höchstens 20 km Distanz gefährdet würde. Eine Evakuierung der Bevölkerung ist in schweizerischen Schutzkonzepten überhaupt nicht vorgesehen.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl wurde offenbar die gesamte Bevölkerung im Umkreis von 30 km längerfristig evakuiert, und als deren Folge wurden in halb Europa Massnahmen erwogen oder angeordnet. Da werden wohl auch Annahmen und Konzepte der schweizerischen Kernenergiepolitik überprüft werden müssen. Die Katastrophe von Tschernobyl wirft bezüglich Sicherheit von Kernkraftwerken und in bezug auf den Schutz der Bevölkerung gegen friedliche und kriegerische nukleare Verseuchung mit Sicherheit wesentliche Fragen auf. Solange nicht einmal sicher ist, ob eventuell 10 Tage nach dem Unfall im mehr als 1000 km entfernten Kernkraftwerk in der Schweiz der Konsum von Milch verboten werden kann, wirkt die Aussage eines Bundesrates, dieser Unfall habe keine Auswirkungen auf die Kernenergiepolitik des Landes, auf jeden Fall vor schnell und weltfremd.

Tschernobyl schreckt den Konsumenten kaum

Milch und Frischgemüse finden weiterhin fast problemlos Absatz

Die Empfehlung der Eidgenössischen Kommission für AC-Schutz, schwangere Frauen und Kleinkinder sollten keine Frischmilch mehr trinken, sowie der Hinweis, Gemüse und Salat sorgfältig zu waschen (TA vom Montag), haben bei den Zürcher Konsumenten kaum zu grosser Beunruhigung geführt. Zwar wird nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl auch hier über mögliche Gefahren diskutiert, das Kaufverhalten scheint davon aber nur unwesentlich betroffen zu sein. Dies haben Erkundigungen des TA bei verschiedenen Branchenvertretern ergeben.

■ VON MAYA DOETZKIES UND HANSRUEDI FRITSCHI

Die Gemüse-Union hat bislang keinen Absatzrückgang im Bereich Frischgemüse registriert. Wie ein Sprecher am Montag betonte, sei die angebotene Ware einwandfrei. Der inländische Salat, der gewöhnlich im Sortiment ist, stamme infolge des anhaltend schlechten Wetters voll und ganz aus gedeckelten Kulturen und sogenannten Hochtunnels, werde also unter Plastik gezogen. Dadurch komme er kaum direkt mit Partikeln in Berührung, die eine erhöhte Strahlendosis aufweisen. Andere Produkte wie Rüebli, Sellerie und Kabis kämen aus Kühlhäusern, seien also vor dem Unfall geerntet worden. Die Gurken würden hauptsächlich aus Holland, die Tomaten beispielsweise von den Kanarischen Inseln importiert. Zu Panik bestehe überhaupt kein Anlass. René Scherer von der Gemüse-Union würde im gegenwärtigen Zeitpunkt höchstens darauf verzichten, Löwenzahn in einer Wiese auszustecken.

Kaum Gemüse aus dem Ostblock

Nicht viel Gemüse stammt gegenwärtig aus dem Ostblock, wie der Geschäftslei-

ter des Zürcher Engros-Marktes, Alfons Bütler, versichert. Als Herkunftsländer für Gurken und Tomaten kommen vor allem Bulgarien und Rumänien in Betracht, doch die Produkte stammen aus Treibhäusern. Da die Camions aus Bulgarien aber zumindest durch die Gefahrenzone fahren, würden an der Grenze die entsprechenden Kontrollen durchgeführt. «Alle Massnahmen sind eingeleitet, damit nichts Inkorrektes hereinkommt.» So hätten zwei Camions mit Gurken am Montagmorgen hereingelassen werden können. Während Österreich einen Importstopp für Gemüse aus dem Ostblock verhängt habe, werde hier im Prinzip vom einzelnen Importeur entschieden, ob er Gemüse von dort hereinnehmen wolle. Die amtlichen Grenzkontrollen seien aber streng.

Kein Absatzrückgang

Die Grossverteiler Migros und Coop haben ebenfalls keine Absatzrückgänge registriert. Einhelliger Tenor von Gemüseverkäuferinnen beim Komsum am Staufacher, bei Marinello im Shop-Ville und bei Globus City: Die Leute machen zwar hin und wieder einen Spruch, das

Gemüse wird aber in unveränderten Mengen gekauft.

Auch bezüglich der Milch wurde am Montag kaum eine Änderung im Verhalten der Konsumenten bemerkt. Der Kantonsärztliche Dienst nahm die Empfehlung der Kommission für AC-Schutz zwar zur Kenntnis, gab aber seinerseits keine Weisung an die Spitäler, Frischmilch zu meiden. Die Jodwerte seien ja nicht gefährlich, und überdies sei die Anwesenheit der Sache des Bundes, wurde dem TA vom Kantonsärztlichen Dienst erklärt. Eine Menüplanänderung für Schwangere wurde deshalb weder in der Maternité Inselhof Triemli noch in der Pflegerinnenschule in Betracht gezogen. Die den Kleinkindern empfohlene Pulvermilch ist in Spitälern ohnehin das tägliche Brot jener Säuglinge, die nicht gestillt werden können. Wie Dr. Sigg von der Pflügi dem TA versicherte, würden die Messungen aber nicht bagatellisiert, sondern genauestens weiterverfolgt.

Unsicherheit macht sich vor allem unter den Müttern breit. Wie Mütterberaterin Berti Stutz dem TA erklärte, habe sie sehr viele Anfragen besorgter Mütter erhalten, die nicht wüssten, welche Milch für Kleinkinder allenfalls gefährlich sein könne. Zu raten sei schwierig, da sie auch nicht mehr wisse, als in den Zeitungen stehe.

Nichts Ungewöhnliches wussten dagegen die vom TA angefragten Milchgeschäfte zu berichten: In der Chäslaub Riesbach, wo das Personal keine riesige Diskussion befürchtet hatte, erkundigten sich nur gerade zwei Personen, wie frisch die Frischmilch denn nun noch sei.

Der Fall Günther Tschannun habe die Kunden weitaus mehr berührt als die Tatsache, dass die Milch leicht radioaktiv sei, wurde dem TA erklärt. In seinem Lädli am Goldbrunnenplatz setzte Varol Filizkiran sowohl offene wie Pastmilch in den üblichen Mengen ab. Weniger Past-, dafür mehr UP- und Pulvermilch wurde in den Migros-Filialen verkauft, Coop registrierte einen «bedeutend» grösseren Absatz an UP-Milch. Im Sännebueb am Kreuzplatz bestätigte eine Verkäuferin zwar, dass der Milchabsatz etwas geringer sei – dass dies nicht unbedingt den höheren Jodwerten in der Milch anzulasten ist, bestätigte Walter Senn, Pressesprecher der Toni-Molkerei Zürich, die 1100 Detailisten von Schaffhausen bis ins Misox mit jährlich 103 Mio. Liter Frischmilch beliefert. Es sei möglich, sagte Senn, dass die Information in den Medien das Kaufverhalten der Leute beeinflussen werde, Zahlen über eine allfällige Zudeckung oder Abnahme des Milchabsatzes lägen ihm aber noch keine vor.

Kritische Reformhaus-Kunden

Kritisch zeigten sich nur die Kunden in den Reformhäusern. Am Samstag habe er rund ein Drittel weniger Gemüse, Obst und Milch verkauft, erklärte Fred Erne, Inhaber der sechs Reformhäuser «Mutter Erde» im Kanton Zürich und im Bündnerland. Am misstrauischsten gaben sich dabei die Davoser: In jener «Mutter Erde» wurde überhaupt nur noch Pulvermilch verlangt. Erne musste aus Zürich nachlieferen, per Express. Die übriggebliebene Frischmilch nahm er nach Hause und konsumierte sie selber.

Tschernobyl könnte sich negativ auf die EG-Nuklearindustrie auswirken

Die Katastrophe im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl dürfte sich zumindest kurzfristig auch für den westeuropäischen Kernkraftwerkbau ungünstig auswirken. Weniger aus technischen Gründen – die westeuropäischen KKWs sind strenger Sicherheitsvorschriften unterworfen als die sowjetischen –, sondern eher infolge neuer politischer Diskussionen über die KKW-Sicherheit. Dies meinen Vertreter von vier führenden KKW-Herstellern.

■ VON MARK SCHENKER, BRÜSSEL

Die vier Firmen – deutsche Kraftwerk-Union, französische Framatome, schwedische ASEA und amerikanische Westinghouse – beherrschen heute den Weltmarkt für KKWs weitgehend, wenn es auch immer wieder einzelnen Aussenseitern gelingt, in die Front der Grossen einzudringen. Wichtigste Kunden für neue Nuklearzentralen in Westeuropa sind derzeit Grossbritannien, Jugoslawien und Finnland, mittelfristig dürften auch Italien, die Niederlande und die BRD wieder neue Aufträge erteilen. Ausserhalb Europas spielt sich der Konkurrenzkampf um neue KKW-Aufträge momentan vor allem in China, Südkorea, Taiwan und Ägypten ab.

Während in der Dritten Welt sinkende Ölpreise und Devisenmangel die Nach-

frage nach neuen KKWs beeinträchtigen, sind es in den Industrieländern eher psychologische und politische Momente (Befürchtungen über mangelnde Sicherheit). Die Bewegung der Kernkraftgegner dürfte nach Tschernobyl neuen Auftrieb erhalten, heisst es in den erwähnten Industriekreisen; allerdings glaubt man nicht, dass der Trend zu mehr Kernenergie auf die Dauer gebrochen sei. Die westlichen KKWs seien ja wesentlich anders gebaut als die Zentrale im westrussischen Tschernobyl und zudem mit teuren Sicherheitsinstallationen versehen.

Auch in Brüsseler EG-Kreisen ist man überzeugt, dass sich auf längere Sicht der Vormarsch der Kernenergie nicht aufhalten lässt. Die EG-Kommission hat sich bekanntlich zum Ziel gesetzt, bis 1995 mindestens 40% der Elektrizität der Zwölfergemeinschaft in Nuklearzentra-

len zu erzeugen. Diese Zielvorgabe ist zwar vom zuständigen Rat der Energieminister noch nicht formell abgesegnet worden, doch hat bisher auch kein EG-Mitgliedsland dagegen Einwände erhoben. Da es sich um einen Orientierungswert handelt, sind die einzelnen Länder nicht verpflichtet, die Marke auch im eigenen Staat zu erreichen.

Ende 1985 bezifferte sich der Atomstromanteil an der EG-Elektrizitätsproduktion auf 31%; dies ersetzt immerhin einen Ölverbrauch von 100 Mio. Jahrestonnen (was wiederum zwei Dritteln der gegenwärtigen Nordsee-Ölproduktion entspricht).

Die EG ist heute bereits stärker von nuklear erzeugter Elektrizität abhängig als alle anderen Weltregionen. Zwischen 1973, der Zeit des ersten Ölschocks, und 1985 hat sich der Atomstromanteil von 5% auf 30% verdreifacht. Diese markante Zunahme verbirgt aber grosse Unterschiede: Während Frankreich heute schon 65% seiner Stromproduktion aus KKW bezieht, besitzen die kleinen EG-Länder Luxemburg, Irland, Dänemark, Portugal und Griechenland auch heute noch nicht einen einzigen Nuklearreaktor. Neben Frankreich ist Belgien sehr stark von Atomstrom abhängig (60%), während die BRD (31%), Spanien (22%) und Grossbritannien (19%) zum Mittelfeld gehören. Italien ist punkto Atomenergie ebenfalls noch ein Entwicklungsland (4%), doch hat Rom ehrgeizige Pläne, bis 1995 wenigstens Grossbritannien einzuholen. Im kommenden Jahrzehnt sollen auf der Apenninenhalbinsel mindestens acht neue Reaktoren gebaut werden.

Paris hat demgegenüber sein KKW-Programm schon so weit vorangetrieben, dass der Bau neuer Nuklearanlagen in den kommenden Jahren deutlich verlangsamt werden muss – sonst wäre in den 90er Jahren mit Überkapazitäten zu rechnen. Entsprechend will Frankreich künftig nur noch ein KKW pro Jahr bauen (die starke Abbremsung des französischen Bauprogramms ist auch der Hauptgrund dafür, dass Framatome derzeit alle Energien auf die Auslandsmärkte konzentriert und bereits erste Exportfolge einheimen konnte). Hier stösst das Unternehmen allerdings auf harte Konkurrenz: Vor allem von Westinghouse und ASEA – den beiden Hausmärkten, USA und Schweden, gegenwärtig ebenfalls ziemlich ausgetrocknet sind.

Uran aus Meerwasser gewinnen

Etwa 4000 Millionen Tonnen Uran liegt gelöst in den Weltmeeren vor. Kein Wunder, dass sich Nuklearexperten Gedanken machen, wie man das Uran effizient und wirtschaftlich aus dem Meerwasser gewinnen kann. Denn damit könnte man rund 1000 Kernkraftwerke während 40 000 Jahren betreiben. Eine einfache Methode zur Extraktion gibt es nicht. Die Japaner haben aber vor kurzem eine Extraktionsanlage in Betrieb genommen. Damit wollen sie 10 Kilogramm Uran jährlich aus dem Meerwasser herauslösen. Das ist nicht viel, aber dennoch 100mal mehr als alle bisherigen Versuche weltweit ergaben. Dieses grösste Extraktionsanlage für Uran aus Meerwasser operiert nahe Nio-cho auf der Insel Shikoku. Die Anlage kostete knapp 400 Millionen Franken. Die Japaner sind aber bei weitem nicht die einzigen, die in diese Richtung forschen. Auch in den USA, in England und in Westdeutschland wird an solchen Verfahren gearbeitet. Den Weltrekord bei der Extraktion hielt bisher die Universität Kiel (BRD) mit 150 Gramm Uran jährlich. Falls mit der japanischen Pilotanlage das gesteckte Ziel erreicht wird, könnte die effiziente Urangewinnung aus Meerwasser bald einmal in «Sichtweite» kommen. Um eine solche Extraktionsanlage effizient zu betreiben, braucht es vor allem ein wirksames Absorptionsmittel für Uran. Bei den enormen Mengen Wasser, die durch das Absorptionsmittel gepumpt werden, müssen aber auch Wege gefunden werden, damit der dafür notwendige Energieaufwand möglichst minimiert werden kann. («Nature»; Bd. 320, (hjr.) S. 475).

Europas Gemüsefront formiert sich

London. – In der Nacht zum Montag ist auch im Norden Grossbritanniens die Radioaktivität angestiegen. Die Bodenmesswerte lagen zehnmal so hoch wie im Süden der Insel, wo seit Samstag ein Rückgang der Strahlenbelastung – so die Presseberichte – festzustellen ist.

In Jugoslawien empfahlen die Behörden den Bauern, ihr Gemüse einige Tage auf den Feldern zu lassen, damit das radioaktive Jod zerfallen könne. Frisches Gemüse soll gemieden werden.

In Frankreich ist die Radioaktivität wieder auf das Normalniveau zurückgegangen.

In der Bundesrepublik Deutschland warnten mehrere Landesregierungen vor dem Verzehr von Freilandgemüse. Bei Schwangeren und Kleinkindern wird ein Verzicht auf Frischmilch und Frischmilchprodukte empfohlen. In Nordrhein-Westfalen forderten die Behörden dazu auf, kein Freiland-Blattgemüse mehr zu verkaufen. In Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg ist der Verkauf gar verboten. Die Umgebungsstrahlung scheint jedoch seit Montag allgemein zurückgegangen zu sein und nun noch maximale Werte von 40 und 60 Millionstel Röntgen pro Stunde (natürliche Strahlung etwa 10 Millionstel Röntgen/h) betragen zu haben.

Verschiedentlich heisst es auch, Kinder sollten nicht in Sandkästen spielen und nach dem Spiel im Freien abgeduscht werden. Vergleicht man die vorliegenden Zahlen mit der Schweiz, scheint die Radioaktivität in der BRD jedoch eher geringer zu sein als bei uns. (AP/Reuter/DPA)

Polen und Österreich warnen weiterhin

Rund 10 Millionen Kinder unter 16 Jahren haben in den hauptbetroffenen polnischen Regionen in der vergangenen Woche vorsorglich Jodpräparate erhalten.

Die Behörden einer Reihe österreichischer Bundesländer haben am vergangenen Wochenende eine vorübergehende Einfuhrsperre für Obst, Gemüse, Milch und Milchprodukte aus osteuropäischen Staaten verfügt. Mittlerweile sind die meisten Bundesländer einem Aufruf des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz gefolgt und haben die Weidehaltung und die Versorgung von Milchvieh mit Grünfütterung untersagt.

Alle in den Verkauf kommende Konsummilch wird in den Molkereien kontrolliert; das österreichische Gesundheitsministerium warnte ausdrücklich vor dem Direktkauf von Milch beim Bau-

Fernsehen und Zeitungen in Polen weiterhin sehr breit über alle von den Behörden getroffenen Massnahmen und warnten die Bevölkerung laufend vor dem Genuss von Frischgemüse und von nicht-kontrollierter Frischmilch.

Polnische Messdaten für die IAE

Während die Strahlenbelastung der Luft nur mehr unwesentlich über dem Normalwert liege, so berichtete das polnische Fernsehen, müsse der Boden nach wie vor als radioaktiv verseucht angesehen werden. Die in Polen seit dem Bekanntwerden des sowjetischen Reaktorunfalls aufgezeichneten Messdaten sollen der Internationalen Atomenergieforschungsorganisation (IAEO) in Wien zur Verfügung gestellt werden.

Eine Woche nach dem Bekanntwerden des schweren Reaktorunfalls von Tschernobyl ist die Strahlenbelastung der Luft praktisch überall in Europa stark zurückgegangen. Die österreichischen und die polnischen Behörden warnten die Bevölkerung freilich am Montag erneut vor der unvermindert bestehenden Radioaktivität des Bodens.

■ VON ARTHUR MEYER, WIEN

Während in der übrigen osteuropäischen Medienberichterstattung die Katastrophe im Kernkraftwerk von Tschernobyl und ihre Auswirkungen weiterhin eher heruntergespielt werden, berichten Radio,

ern und empfahl, auf den Genuss von Schafmilch oder -käse unbedingt zu verzichten. Ebenfalls dringend abgeraten wurde vor dem Genuss von frischem Spinat und von Freilandsalaten.

Der österreichische Gesundheitsminister Franz Kreuzer sprach am Montag davon, wohl wären bislang keine schon an sich gesundheitsgefährdenden Konzentrationen in Österreich festgestellt worden; es gebe jedoch einen für das gesamte Leben eines Menschen geltenden Kumulationseffekt, bei dem ähnlich wie bei einer Rabattmarkenkarte die Strahlungen so lange gesammelt würden, bis die Karte am Ende gefüllt und der Mensch an Krebs gestorben sei. «Wir wissen ja nicht im Voraus, wie viele Reaktorkatastrophen es noch geben wird», meinte Kreuzer.



Bei einer Demonstration vor der sowjetischen Botschaft in Rom präsentierten Erboste unverkäuflich gewordenes Gemüse. (Bild Keystone)

Ein Totalverbot

Wien. – Das österreichische Gesundheitsministerium hat am Montag ein landesweites Verkaufsverbot für alle Blattgemüse verhängt.

Gesundheitsminister Franz Kreuzer begründete das Verbot mit überhöhter radioaktiver Belastung. Verboten ist danach der Verkauf von Blattgemüsen wie Spinat, Salat, Kochsalat, Kraut, Kohl und Petersilie sowie Hülsenfrüchten und Tomaten. Gleichzeitig wurde die Einfuhr dieser Produkte aus Bulgarien, Italien, Jugoslawien, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei, der Sowjetunion sowie Ungarn verboten.

Auch Milch, Milchprodukte und Frischobst dürfen aus diesen Ländern nicht mehr importiert werden. (Reuter)

Tschernobyl bei uns unmöglich?

Der Kantonsrat war am Montag bei Sitzungsbeginn in aussergewöhnlich guter Besetzung versammelt und erwartete die Wahl seines neuen Vorsitzenden. Da «trübte» die Zürcher POCH-Vertreterin Zita Küng die feierliche Stimmung mit einer persönlichen Erklärung zum Reaktorunfall von Tschernobyl – sichtlich zum Ärger mancher Parlamentarier.

Zita Küng äusserte ihre Betroffenheit und meinte, die hiesige Bevölkerung sei über die Folgen von Tschernobyl nicht offen genug aufgeklärt worden. Sie forderte denn auch eine klarere Information über die Gefahrensituation und den Verzicht auf weitere Atomprojekte. Worauf FDP-Fraktionschef Martin Haas (Winterthur) die POCH-Frau belehrte, sie hätte anstelle einer persönlichen Erklärung einen parlamentarischen Vorstoss einreichen sollen. Es sei jetzt nicht die Zeit, über Tschernobyl zu diskutieren. (Zwischenruf von Zita Küng: «Die radioaktive Wolke richtet sich nicht nach dem Arbeitsrhythmus des Zürcher Kantonsrats.») Und Christian Boesch (FDP, Thalwil) verwies zur Entgegnung auf den speziellen Reaktortyp von Tschernobyl sowie auf Mängel beim Sicherheitssystem und bei der sowjetischen Informationspolitik: «Tschernobyl ist ein Problem des kommunistischen Systems», folgerte Boesch.

Boesch's Ansicht teilen neben Zita Küng auch die Kantonsräte Peter Duft (CVP, Zürich), Roman Fischer (CVP, Wetzikon) und Daniel Vischer (POCH, Zürich) offensichtlich nicht. Das parteipolitisch ungewöhnlich zusammengesetzte Quartett reichte am Montag nämlich mit Bezug auf Tschernobyl eine Anfrage «betreffend Atomkraftwerke der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK)» ein. Eine der fünf Fragen: «Ist die Behauptung uneingeschränkt richtig, wonach ein Unfall wie jener in Tschernobyl sich in der Schweiz, insbesondere bei den Kernkraftwerken der NOK, nicht ereignen könne?»

Einer der vier Anfragesteller hat am eigenen Leib erfahren, dass ein uneingeschränktes Ja auf die Frage ehrlicherweise nicht möglich ist. Vor ein paar Jahren war er, wie er dem «Tages-Anzeiger» verrät, in Offiziersuniform in das Innere eines schweizerischen Kernkraftwerks gelangt – ohne dass seine Identität näher überprüft worden wäre. (pab)

«Tschernobyl ist nicht Gösgen» – «Umdenken muss einsetzen»

Die Katastrophe von Tschernobyl hat die Kernenergie Diskussion in der Schweiz wieder entfacht. Gerade die Tatsache, dass nach dem Unfall auch in der Schweiz die Luftradioaktivität in gewissen Regionen auf ein nicht mehr ganz unbedenkliches Niveau angestiegen ist, hat der vorher etwas eingeschlagenen Auseinandersetzung um den weiteren Ausbau der Kernenergie in der Schweiz mit einem Schlag neuen Auftrieb gegeben. Kernenergiebefürworter und -gegner melden sich zu Wort.

Bundesrat Leon Schlumpf:

«Keine Auswirkungen»

«Der Unfall von Tschernobyl wird keine Auswirkungen auf die Kernenergiepolitik des Bundes haben», erklärte Bundesrat Leon Schlumpf Ende letzter Woche in einem auch vom Radio verbreiteten Gespräch mit der «Bündner Zeitung». «Die schweizerischen KKW haben ein besseres System von Sicherheitsbarrieren als das betroffene in der Sowjetunion. Bei einem gleichen oder ähnlichen Zwischenfall könnten bei uns radioaktive Stoffe nicht austreten», ergänzte Schlumpf und vertrat die An-

sicht, es gebe keinen Grund, die Sicherheitsanforderungen für schweizerische Kernkraftwerke höherzuschrauben.

Bundesrat Schlumpf lässt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er auch nach der Katastrophe von Tschernobyl am Fahrplan für das sechste schweizerische KKW in Kaiseraugst festhalten will. «Eine Sisterierung der Rahmenbewilligung ist nicht möglich, weil diese vom Parlament erteilt wurde. Es wäre höchstens noch möglich, die noch ausstehende Baubewilligung nicht zu erteilen. Doch das kommt nicht in Frage».

Michael Kohn: «Tschernobyl ist nicht gleich Gösgen»

«Tschernobyl ist nicht gleich Gösgen oder Leibstadt. Es wäre falsch, wegen Tschernobyl eine ganze Technik abzuschreiben», erklärt Michael Kohn, ehemaliger Präsident der Gesamtenergiekommission (GEK) und Verwaltungsratspräsident des Kernkraftwerks Gösgen in einem Interview mit dem «Sonntags-Blick». «Ein Unfall wie in Tschernobyl würde sich in der Schweiz sicher nicht zutragen», hielt Kohn fest; erstens

verwende man in der Schweiz andere Reaktortypen, zweitens sei in der Schweiz «für den Fall, dass die Abläufe nicht nach Plan vor sich gehen», eine dichtere Folge von Barrieren eingebaut.

Für den prominenten Kernenergiebefürworter gibt es auch nach Tschernobyl keinen Grund, auf den weiteren Ausbau der Kernenergie in der Schweiz zu verzichten: «Jede Technik, jede industrielle Aktivität des Menschen ist mit Risiken verbunden. Ein Leben ohne Risiken gibt es nicht. Wenn eine Technik wie die Kernenergie keine grösseren Risiken in sich birgt als jene, mit denen wir schon leben, dann ist sie akzeptabel». Michael Kohn wertet den Unfall von Tschernobyl als sehr schwer: «Ich kann mir kaum einen noch grösseren vorstellen. Trotzdem scheinen mir die Lebensgrundlagen nicht in Frage gestellt».

Kaiseraugstgegner: Radioaktive Verseuchung kennt keine Grenzen

«Die Atomkatastrophe von Tschernobyl hat aufgezeigt, dass radioaktive Verseuchung aus der friedlichen Nut-

zung von Kernenergie keine Grenzen kennt», erklärt das Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) in einem geharnischten Communiqué. Menschliches Versagen könne jederzeit und ungeachtet vom Reaktortyp eine neue Atomkatastrophe verursachen, schreiben die Kaiseraugstgegner. «Auch in der Schweiz ist ein grosser Atomunfall mit radioaktiver Verseuchung von Mensch und Umwelt schon morgen möglich».

Franz Jaeger:

«Tschernobyl lässt grüssen»

Auch der Landesring der Unabhängigen (LdU) reagierte an seinem Parteitag vom vergangenen Wochenende auf den KKW-Unfall von Tschernobyl. Parteipräsident Franz Jaeger drückte die Hoffnung aus, dass nach dieser Katastrophe nun auch in der Schweiz ein energiepolitisches Umdenken einsetze. In einer Resolution forderte der Landesring, das Bewilligungsverfahren für das geplante Kernkraftwerk Kaiseraugst müsse sofort eingestellt werden. (ar.)

Kritik an Genfer Nuklearmesse

Zürich. – Als Reaktion auf den Reaktorunfall im sowjetischen Tschernobyl hat sich in der Schweiz spontan eine Aktionsgruppe mit dem Namen ContrAtom gebildet, die gegen eine vom 1. bis zum 6. Juni in Genf stattfindende internationale Nuklearmesse auftritt. Die ContrAtom, der laut eigenen Angaben vom Montag gegen 40 verschiedene KKW-Gegnerorganisationen und -parteien angehören, will die Durchführung der Messe verhindern oder doch zumindest erschweren. Zur Messeeröffnung plant man eine Demonstration, bei der mit einem Menschenenteppich der Zugang zu den Messe-räumen und der Verkehr zur Messe insgesamt gestört werden sollen.

Bis heute gehören der ContrAtom, die sich nach der Genfer Aktion wieder auflösen will, unter anderen die Gewaltfreie Aktion gegen das KKW Kaiseraugst (Gagak) an, ferner der Schweizerische Friedensrat, die Schweizerische Energiestiftung (SES), die Sozialdemokratische Partei Genf, die POCH und die Frauen für den Frieden.

Kein Konzert

Angesichts des jüngsten Reaktorunfalls in der Sowjetunion empfindet es die ContrAtom als Provokation, eine derartige Verkaufsschau durchzuführen. Mit ihrer Demonstration und weiteren begleitenden Aktionen, so einer Veranstaltung mit Kernkraftgegnern aus Harrisburg (USA) und Sellafield (Gb), will die ContrAtom ihrem Unmut über die «Geschäftemacherei mit einer Technologie, die alle Menschen bedroht», Ausdruck geben.

An der Nuklearmesse ENC '86 Fair Trade, die parallel zur weltweit grössten internationalen Nuklearkonferenz ENC '86 im Genfer Palexpo stattfindet, nimmt alles teil, was in der Kernenergiebranche Rang und Namen hat: Alle grossen KKW-Bauer vom amerikanischen Elektrokonzern Westinghouse über die deutsche Kraftwerkunion (KWU), die französische Framatom bis zur BBC und der Elektrowatt aus der Schweiz sind in Genf dabei. Nicht einmal die sowjetische Technabexport wollte sich nach dem Unfall von Tschernobyl von der Genfer Messe zurückziehen, erklärt Gagak-Mitglied Mario Aldrovandi als Deutschschweizer ContrAtom-Koordinator, obwohl man alle Messeteilnehmer mit Hinweis auf Tschernobyl angeschrieben und zu einem Verzicht auf die Teilnahme aufgefordert habe. Einen kleinen Erfolg kann die ContrAtom im übrigen bereits verbuchen: Der für die Nuklearmesse zuständige Transportunternehmer Danzas verzichtet laut Aldrovandi auf die Durchführung eines bereits angesetzten Konzerts im Begleitprogramm in der Genfer Kathedrale St-Pierre, nachdem die Kirchgemeinde den genauen Zweck der Veranstaltung erfahren hatte und entsprechend bei der Danzas vorstellig geworden war. (mai)

Ich bin erschüttert und fassungslos angesichts der Katastrophe von Tschernobyl. Ich bin beunruhigt, wenn ich mir die Folgen für die Bevölkerung des betroffenen Gebiets vorzustellen versuche.

Noch stärker erschüttert hat mich jedoch die Unerschütterlichkeit unserer Kernkraftverantwortlichen. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Katastrophe, noch ohne ihre Ursache zu kennen, lassen sie verlauten, so etwas könne in unserem Land nicht geschehen, es handle sich

Verlautbarungen wie beim Waldsterben.

beim sowjetischen Reaktor um einen veralteten Typ (so Atel-Direktor Lutz). Auch Energiewirtschaftsdirektor Kiener und die SVA (Schweizerische Vereinigung für Atomenergie) äusserten sich ähnlich und führten die angeblich höheren Sicherheitsstandards an.

Keiner der Verantwortlichen reagierte mit Betroffenheit. Die einzige Reaktion ist der Versuch, die Bevölkerung zu beschwichtigen, mit den gleichen Argumenten wie beim Unfall in Harrisburg.

Und noch etwas: wer von heute an behauptet, die Kernenergie sei eine «sichere» und «saubere» Energie, der lügt.

DIETMAR FRIEDLI, ALLSCHWIL

Im TA vom 2. Mai 86 lese ich, welche Massnahmen bei einem AKW-Unfall in der Schweiz getroffen würden. Die Zone 1 befindet sich in einem Umkreis von 2,8 bis 4 km. Was geschähe aber mit Menschen, die sich näher beim AKW aufhielten? Sie wurden bei der Alarmzonenplanung wohl vergessen, oder hat es sowieso keinen Sinn, diese Menschen noch retten zu wollen?

Bemerkenswert ist auch der Höchststradius von 20 km, innerhalb dessen die Bevölkerung alarmiert würde. Weiter ent-

Sind Schweizer Schutzmassnahmen genügend?

fernt sei «die Bevölkerung, die Landwirtschaft und Tierhaltung nicht direkt betroffen». Wir müssen wohl ein besonders zähes und hartes Volk sein. Denn in Polen, das 500 km vom Unfallort Tschernobyl entfernt liegt, sollen die Menschen keine Milch von grasenden Kühen trinken, Kinder und schwangere Frauen sollten in den Häusern bleiben (im selben TA!). Auch in weiteren europäischen Ländern besteht bereits eine erhöhte Strahlengefahr.

Da liest sich der Artikel über vorgesehene Schutzmassnahmen bei einem schweizerischen Unfall wie ein Hohn neben diesen Nachrichten.

MONIKA BÜRKLI, RICHTERSWIL

Die offiziellen, halboffiziellen und offiziellen Meldungen über die möglichen Wirkungen des durch den Atomunfall in der Ukraine verursachten radioaktiven Fallouts ähneln in fataler Weise den öffentlichen Verlautbarungen über das Siechtum des Waldes.

ROLF GROBBEL, ZÜRICH

Super-Gau-Leiter aller Länder, vereinigt euch! Für eine strahlende Zukunft: Baut mehr Kernkraftwerke! Denkt an unsere Kinder; auch sie wollen saubere Energie. Jetzt mehr denn je, denn Kaiseraugst ist nicht Tschernobyl.

NICOLAS RYHINER, BASEL

Warum baut die Kernindustrie mehrere Reaktoren so dicht beieinander, so dass die Gefahr bei einem allfälligen Unfall drastisch erhöht wird? Nach Three Mile Island und Tschernobyl wissen wir es: Kernkraftwerke können, wenn auch nicht theoretisch, so doch praktisch explodieren. Bewegen uns die Leiden der Betroffenen, die unberechenbaren Spätfolgen? Oder verhalten wir uns wie damals, im Zweiten Weltkrieg, als erste Nachrichten über die Konzentrationslager die Schweiz erreichten? Wir alle wissen nun, was passiert ist und was weiterhin passieren kann. Werden wir unser Verhalten ändern?

Ich befürchte, dass die Hypothese von Max Frisch zutrifft, dass der moderne Mensch «den Glauben an Gott durch den Glauben an Sachzwänge ersetzt hat».

Der Wohlstandssüchtige Mensch verhält sich wie ein Heroinsüchtiger. Der Heroinsüchtige fühlt und weiss, dass er seinen eigenen Körper vergiftet, er rech-

«Super-GAU-Leiter aller Länder, vereinigt euch!»

net auch damit, dass er früher oder später an den Folgen des goldenen Schusses sterben wird und nimmt dieses Risiko in Kauf. Sein einziges Ziel ist die Heroinbeschaffung.

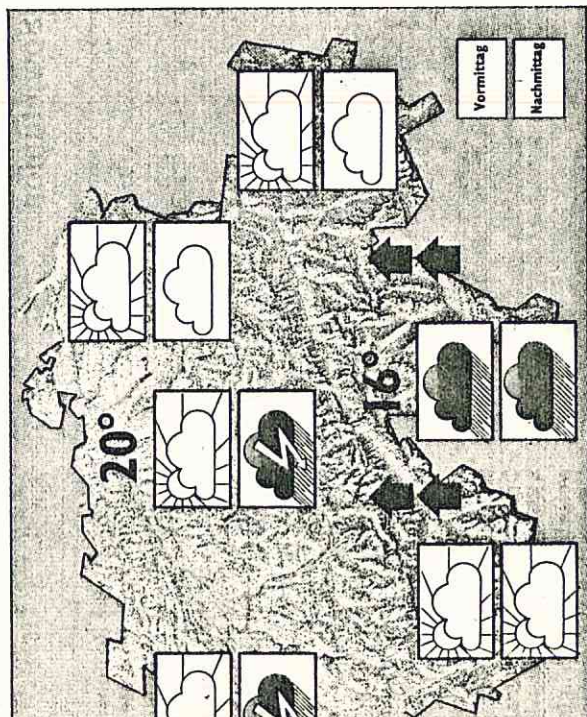
Der Wohlstandssüchtige fühlt und weiss, dass er seine eigene Umwelt vergiftet, er rechnet auch damit, dass er früher oder später an den Folgen einer Atomverseuchung sterben wird, und nimmt dieses Risiko in Kauf. Sein einziges Ziel ist die durch Atomenergie garantierte Wohlstandsbeschaffung. Wir müssen uns im klaren sein, dass wir uns gegenwärtig nicht für das Leben, sondern für den Wohlstand einsetzen, für unsere Sucht also. Nur so ist die Absurdität erklärbar, dass es uns leichter fällt, uns mit vergifteten Nahrungsmitteln und der dauernden Angst einer möglichen Atomkatastrophe abzufinden als mit einer kühlen Wohnung im Winter...

Wir sind sehr morbid und schlaff geworden. Davor hat uns nicht einmal unsere moderne Sportlichkeit gerettet.

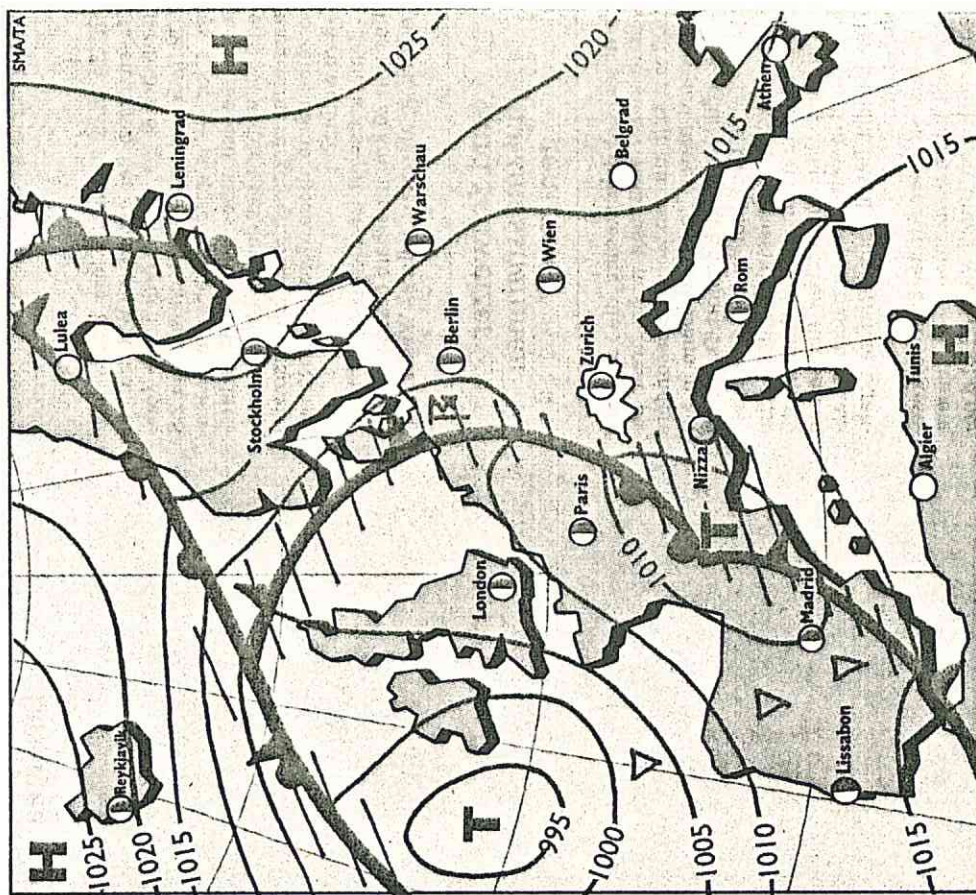
A. IRNIGER, ZOFINGEN

Tschernobyl-Katastrophe: Die Woche danach

Leserreaktionen zum Reaktorunglück in der Sowjetunion



Wettersituation nicht, denn das umfangreiche Tief mit Zentrum bei Irland bleibt zunächst für unser Land wetterbestimmend. Es steuert mit einer Südwestströmung weiterhin milde und zeitweise auch feuchte Luft gegen die Alpen. Sie verunsacht vor allem im Süden und zum Teil auch im Westen häufige Regenfälle. Im Osten dagegen herrscht zeitweise noch Föhn, der die Wirksamkeit dieser feuchten Luftmassen reduziert. Etwa am Mittwoch beginnt sich dann das erwähnte Tief nach Osten in Bewegung zu setzen. Deutlich kühlere Meeresluft dürfte in der zweiten Hälfte des Mittwochs die Alpennordseite erreichen und anschliessend unser Wetter bestimmen. Da in der Höhe die Winde auf West oder sogar Nordwest drehen, ist auf der Alpennordseite am Donnerstag eine rasche Wetterbesserung zu erwarten. Gegen Samstag baut sich dann über West- und Mitteleuropa ein Hochdruckkeil auf, der vermutlich auf der ganzen Alpennordseite wirksam wird.



Prognosen für Dienstag, 6. Mai 1986, 13.00 Uhr

[illegible]

Leserseite

Bitte
1 x
zurückblättern

COGNOSCENTI

enstagabend

wölkt. Zeitweise sonnig.
Am Abend Regenschauer
möglich. Am Nachmittag

erdseite, Wallis und Gra-

wölkt, zeitweise sonnig. Tageshälfte vor allem in Nordwestschweiz einzelne Gewitter. Am Nachmittag allmählich abkühlend. Die Grenzlinie um 2700 m. Meistens bewölkt, in den höheren Lagen zeitweise Föhn.

ölk und **zeitweise Nie-**

AUSSICHTEN

bis Samstag

Wenn auch nicht stabil, so ist das Wetter seit Anfang Mai zumindest wärmer und trockener. Der Wärmeüberschuss beträgt nördlich der Alpen 2-5 Grad. Im Tessin allerdings verharrt das Thermometer seit Sonntag bei regnerischem Wetter 2-3 Grad unter dem Normalwert zu dieser Jahreszeit. Die grossräumige Luftdruckverteilung hat sich immer noch nicht grundlegend verändert. So wurde es unmöglich, dass die Alpensüdseite erneut eine Südtaule mit ausgiebigen Niederschlägen geriet. Seit Samstagnachmittag fielen im Tessin 22-55 mm Regen. Die Schneefallgrenze lag zwischen 1700 und 2200 m.

Kurzfristig ändert sich die momentane